

Herrn Oberbürgermeister  
Thomas Eiskirch

# Antrag

zur Sitzung des Ausschusses für Kultur und Tourismus am 2. November 2021  
**Ehemalige Zwangsarbeitersiedlung Bergener Straße**

1. Der Ausschuss für Kultur und Tourismus beauftragt die Verwaltung, die „ehem. Kommandantur“ Bergener Str. 116i, als Gedenkstätte und Erinnerungsort herzurichten. Der Ausschuss bittet die Verwaltung, ihre Pläne zu konkretisieren und dem Ausschuss vorzulegen.
2. Die Verwaltung hat die Nutzung der sonstigen Gebäude zum Wohnen auf einfachem Niveau, ausnahmsweise auch als Kunstateliers, als zulässig eingeschätzt. Der Ausschuss für Kultur und Tourismus stellt vor diesem Hintergrund fest, dass die bestehende Wohnnutzung dauerhaft Bestandsschutz haben soll. In jedem Fall soll eine eventuelle Mietsteigerung (durch Sanierung) bezahlbar bleiben, um eine Verdrängung der Mieter\*innen auszuschließen. Der Eigeninitiative der Bewohner\*innen beim (Innen-) Ausbau und Erhalt der Wohngebäude soll im Zweifel, mit Hilfe einer sachgerechten Beratung, der Vorzug gegeben werden.
3. Der Ausschuss für Kultur und Tourismus regt an, über die Gründung einer Genossenschaft für den Wohnungsbestand nachzudenken.
4. Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung, den derzeitigen Bewohner\*innen eine(n) Ansprechpartner\*in bei der Verwaltung zu benennen, der / die für alle Angelegenheiten (Vermietung, Sanierung etc.) zuständig ist, diese Angelegenheiten entweder selbst regelt oder innerhalb der Verwaltung vermittelt (Hausverwalter\*in).

5. Die derzeit leerstehenden Wohnungen sollen kurzfristig winterfest gemacht werden, bis eine konkrete Folgenutzung feststeht. Dauerhafte Leerstände sollen jedoch vermieden werden. Das dient nicht zuletzt auch dem Schutz vor Verfall und Vandalismus.
6. Im Gespräch für Folgenutzungen sind weitere Wohnungen, (offene) Ateliers oder Räume für örtliche Verbände / Vereine.
7. Der Ausschuss schlägt außerdem vor, eine Wohnung für Wissenschaftler\*innen und / oder Künstler\*innen beziehungsweise Studierende / Stipendiat\*innen kostengünstig vorzuhalten, die sich wissenschaftlich oder künstlerisch für einen begrenzten Zeitraum mit der Thematik Zwangsarbeit im weitesten Sinne – historisch wie gegenwärtig – beschäftigen wollen und bereit sind, ihre Ergebnisse auch vor Ort zu präsentieren. Zur Umsetzung käme unter anderem eine Zusammenarbeit mit Stiftungen oder Hochschulen in Frage.
8. Der Ausschuss für Kultur und Tourismus beauftragt die Verwaltung, das ehemalige Zwangsarbeiterlager für einen Tag geregelt der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und somit einen weiten Kreis von Menschen und Organisationen anzusprechen, die Interesse am Ort und Ideen für die Nutzung haben könnten. Dafür käme der Tag des Offenen Denkmals im Jahr 2022, der Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2022 oder der Tag der Befreiung am 8. Mai 2022 in Frage. Organisation und Ablauf sind mit den Bewohner\*innen abzusprechen. Die Verwaltung möge dem Ausschuss anschließend einen Bericht über die gewonnenen Erkenntnisse erstatten. Ein solcher Tag könnte verstetigt werden.
9. Der Ausschuss für Kultur und Tourismus unterstützt die Anregung der Verwaltung, das ehemalige Zwangsarbeiterlager Bergener Straße mit weiteren Standorten (genannt wurden die Saure Wiese oder der Nordbahnhof) in das Gesamtkonzept zur Erinnerungskultur einzubinden.
10. Der Ausschuss für Kultur und Tourismus fordert die Verwaltung auf, ihre Bemühungen um Fördermittel fortzusetzen, dabei besonders mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe sowie der Bezirksregierung Arnsberg in enger Abstimmung zu bleiben, aber zum Beispiel auch mit der RAG-Stiftung Kontakt aufzunehmen. Weiterhin in Betracht kämen unter Umständen Wohnbaufördermittel oder auch Mittel der Europäischen Union.

**Begründung:**

Die Verwaltung hat in der Mitteilung „Sachstand ehemalige Zwangsarbeitersiedlung Bergener Straße“ (20210921) in groben Zügen die weitere Nutzung der Gebäude als Gedenkstätte ebenso wie als Wohnort dargelegt. SPD im Rat und Grüne im Rat unterstützen die Ausführungen grundsätzlich.

Für die Sanierung und Ausstattung der so genannten ehemaligen Kommandantur hat die Verwaltung Fördermittel beantragt. Der Bund beziehungsweise die Bezirksregierung haben inzwischen auch Mittel zugesagt. Einzelheiten über die erforderlichen Bauarbeiten oder die Potenziale der „ehemaligen Kommandantur“ als Gedenkort beziehungsweise Standort der Erinnerungskultur in Bochum sind jedoch noch nicht bekannt. Die vorhandenen Ansätze müssen nun konkretisiert werden.

Vor der Aufgabe einer Konzepterstellung steht in erster Linie selbstverständlich das Stadtarchiv – Bochumer Zentrum für Stadtgeschichte. Frühzeitig einbezogen werden sollten Bewohner\*innen, schon um ganz praktische Fragen (Stellplätze, Öffnungszeiten, Rahmen für Veranstaltungen etc.) zu erörtern. Weitere Mitakteur\*innen könnten in den Schulen, der Wissenschaft, in Stiftungen wie zum Beispiel der Buxus-Stiftung – Fritz-Bauer-Forum oder in Verbänden und Vereinen, zu finden sein. Vor einer Beschlussfassung im Ausschuss für Kultur und Tourismus ist natürlich die Bezirksvertretung Nord anzuhören.

Eine Genossenschaft ermöglichte es den jetzigen und künftigen Bewohner\*innen und gegebenenfalls weiteren Nutzer\*innen, ihre eigenen Angelegenheiten auch in Zukunft überwiegend selbst zu regeln und als Teil der Gedenkstätte mitzuarbeiten. Für solche Genossenschaften gibt es auch in Bochum schon Beispiele.

Unterstützend könnte die in Bochum ansässige Wohnbundberatung oder die Trias Stiftung sein. Die Genossenschaft könnte auch als Ganzes Ansprechpartnerin für die Verwaltung sein. Umgekehrt bittet der Ausschuss jetzt schon die Verwaltung, eine(n) Ansprechpartner\*in (Hausverwalter\*in) zu benennen, sofern das nicht ohnehin schon geschehen ist.

SPD und Grüne verstehen die Herrichtung der so genannten „ehemaligen Kommandantur“ als ersten Baustein eines Konzepts, das den dauerhaften Erhalt des Ortes sichern soll. Als bewohnte und künftig auch anderweitig genutzte Anlage stellt das ehemalige Lager Bergener Straße die Verwaltung mit dem Stadtarchiv und dem Denkmalschutz sowie die Stadtgesellschaft insgesamt vor besondere Herausforderungen. So muss dem Ort angesichts der Menschen, die dort gelitten haben und gestorben sind, jederzeit angemessen begegnet werden. Zugleich bietet sich hier die Möglichkeit, mit den verschiedenen Nutzungen sowie der „ehemaligen Kommandantur“ als Kernstück, das ehemalige Lager zu einer „aktiven“ Gedenkstätte auszugestalten.

Dazu müssen jetzt die (museumspädagogischen) Konzepte entwickelt werden. SPD und Grüne teilen die Auffassung der Verwaltung, die zu bedenken gibt, dass „es keine Exponate im klassischen, musealen Sinn gibt, die hier eine Rekonstruktion eines Zwangsarbeiterlagers nahelegen oder aber konkret die Nutzung dieser Baracken z.B. in zeitgenössischen Fotografien belegen. Es ist der Ort selbst und die aufstehenden Gebäude, die als authentische Zeitzeugen zu sehen sind. Ein Konzept zur Entwicklung einer Gedenkstätte bzw. eines Erinnerungsortes müsste daher den Fokus auf das Phänomen der Zwangsarbeit insgesamt richten und sich von der Vorstellung freimachen, hier einen klassischen musealen Ort zu entwickeln“ (vgl. Vorlage 20210921).

SPD und Grüne sehen die Gedenkstätte Bergener Straße insofern als Teil des Bochumer Gesamtkonzepts zur Erinnerungskultur, das auch weitere Orte unter anderem der Zwangsarbeit umfasst (vgl. zum Beispiel „Leidens-Wege in Bochum 1933 bis 1945“).

Die weitere Begründung erfolgt gegebenenfalls mündlich.

Deborah Steffens  
Die SPD im Rat

Daniel Gorin  
Fraktion Die Grünen im Rat